

Aufs Abstellgleis geschoben?

Stuttgart 21: Bahnhliste empört Verkehrsminister

Landesverkehrsminister Ulrich Müller (CDU) sieht durch die „Streichliste der Bahn“ Zukunftsprojekte wie die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm in Gefahr. Müller reagierte damit auf einen Bericht unserer Zeitung, der seit Anfang vergangener Woche die interne Prioritätenliste der DB vorlegte.

VON FRANK SCHWAIBOLD

„Es kann nicht sein, dass die Schienengehrenpolitik von Bahn und Bund still und heimlich die wichtigsten Schienenprojekte im Land aufs Abstellgleis schiebt“, erklärte Müller am Mittwoch. In den Liste definiert die Bahn angesichts der aktuellen Haushaltsslage des Bundes drei Kategorien. Sicher verwirklicht werden demnach bis 2008 im Südwesten nur Teilstücke der Ausbaustrecke Karlsruhe-Basel (Rheintalschiene) sowie das Bahnhofsprojekt Neu-Ulm 21. Auf dem Prüfstand stehen dagegen die Neubaustrecken Stuttgart-Ulm und Mannheim-Frankfurt. Zurückgestellt werden weitere Streckenabschnitte der Rhein-

Bahn, die Situation von talstrecke und die Ausbaustrecke Kehl-Apenweier, die den französischen TGV ans deutsche Netz anbinden soll. Stuttgart 21 „öffentlicht“ auch um „falschen Interpretationen zum Beispiel durch die Grünen entgegenzutreten“. Für die Grünen ist die Liste ein weiterer Beweis, dass Stuttgart 21 „so sicher ist wie die

Stadt

Ulrich Müller verärgert: „Dann kann der Abschnitt Wendlingen-Ulm schlechterdings nicht in einer Liste mit Vorausmaßen auftauchen, die noch geprüft werden.“ Dass Stuttgart 21 in der Liste gar nicht erscheine, beruhe „nach Informationsnachrichten der DB darauf, dass dieser Abschnitt als Teil des Bestandsnetzes geführt wird“. Eine Formulierung, die Müller offenbar Kopfzerbrechen bereitet. Bisher hieß es immer, das Projekt brauche bis 2008 nicht erwähnt werden, da es bis dahin sowieso mit Landesmitteln vorfinanziert wird.

Deshalb fordert Müller nun von der TGV-Anbindung bei Kehl zu gewährleisten. Bei der Rheintalschiene wies Müller darauf hin, Deutschland habe sich in der Vereinbarung von Lugano gegenüber der Schweiz zum durchgehenden vierspurigen Ausbau verpflichtet. Auch gegenüber Frankreich gebe es internationale Abkommen, die

